

Pressemitteilung

**Allgemeiner Studierendenausschuss
der Johannes Gutenberg-Universität
Mainz**

Staudingerweg 21
55128 Mainz
www.asta-jgu.de

Ihr Ansprechpartner:
**Arbeitsbereich Presse- und
Öffentlichkeitsarbeit**
Fax. 06131 371857
presse@asta.uni-mainz.de

Der Allgemeine Studierendenausschuss der Johannes Gutenberg-Universität Mainz stellt Forderungen an die künftige Landesregierung

SPD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen Rheinland-Pfalz befinden sich aktuell in Koalitionsverhandlungen um eine neue Landesregierung zu bilden. Wir fordern, dass die Parteien auch studentische Positionen und Forderungen dabei berücksichtigen und aktuelle Missstände an den Hochschulen beheben.

Mehr Landesmittel für studentische Infrastruktur dringend nötig

„Die Rahmenbedingungen, die die Universitäten selbst bieten, sind nicht nur an der Uni Mainz kaum noch tragbar. Die Universitätsbibliothek an der Uni Mainz musste mitten in der Hausarbeitenphase schließen. Solch ein Zustand ist nicht hinnehmbar und ein Neubau der Universitätsbibliothek muss in der nächsten Legislaturperiode realisiert werden. Seit Jahren kritisiert der ASTA die unzureichende Ausfinanzierung des Hochschulsystems.“ sagt Stephan Weißbach, Referent für Kultur (RCDS). Er ergänzt außerdem: „Anwesenheitspflichten in Seminaren, die seit der Bologna-Reform Realität für Studierende sind, müssen abgeschafft werden. Sie hindern Studierende an der eigenverantwortlichen Organisation ihres Studiums und belasten vor allem Studierende die auf einen Nebenjob angewiesen sind oder nebenher noch Kinder betreuen.“

Referentin für Hochschulpolitik, Julia Friedel (CampusGrün) ergänzt: „Für ein erfolgreiches Studieren müssen auch soziale Rahmenbedingungen gegeben sein, die eine Studierbarkeit überhaupt gewährleisten. Nach der zu geringen Anpassung des BAföG durch die Bundesregierung, ist die soziale Sicherung für Studierende immer noch unzureichend. Wir fordern die Landesregierung weiter dazu auf, im Bund auf eine grundlegende Reform hinzuwirken, damit Studierenden nicht weiter Steine in den Weg gelegt werden. Auch die Förderlücke zwischen Asylbewerberleistungsgesetz und BAföG für Geflüchtete, die studieren wollen, muss geschlossen werden. Integration an Hochschulen in Rheinland-Pfalz darf nicht länger vom Bund behindert werden. Bezahlbarer Wohnraum ist gerade in Mainz kaum noch zu finden. Obwohl das Problem lange bekannt ist, und sich weiter verschärft hat, hat sich der Zustand kaum verbessert. Stattdessen musste das Studierendenwerk wegen fehlender Landesmittel die Mieten wei-

ter erhöhen. Letztlich bleibt vielen Studierenden, die keinen bezahlbaren Wohnraum in Mainz finden, nur das Pendeln oder der Umzug an den Stadtrand als Alternative. Wir fordern stattdessen, dass alle in Mainz eine bezahlbare Bleibe finden.“

Anastasia Blüm, Referentin des Autonomen Elternreferats, macht klar: „Die Angleichung des Lohnniveaus für Erzieher*innen in KiTas des Studierendenwerks an den Lohn kommunal Angestellter Erzieher*innen ist vor der Landtagswahl schon versprochen worden. Wir fordern, dass diese Angleichung auch zügig umgesetzt wird. Das ist nicht nur sozial gerechter, sondern entlastet auch studierende Eltern durch ein gut ausgebautes Betreuungssystem.“

Das Rheinland-Pfalz Ticket wird von allen gefordert – Die Einführung muss kommen

„Alle Parteien möchten die Einführung eines Rheinland-Pfalz Tickets für Studierende unterstützen, jetzt erwarten wir auch konkrete Unterstützung durch die Landesregierung bei der Realisierung von diesem Projekt. Mobilität im Studium zu einem Praktikums- oder Arbeitsplatz, einer anderen Bibliothek, Kulturstätten oder zwischen verschiedenen Standorten der Hochschulen ist essentiell für viele Studierende. Ein Rheinland-Pfalz-Ticket wäre von großem Vorteil für alle.“ erklärt Stephan Weißbach, Referent für Kultur (RCDS).

Der Allgemeine Studierendenausschuss (AStA) der Johannes Gutenberg-Universität Mainz fordert die Abschaffung der sozial unverträglichen Zweitstudiengebühren. „Häufig finden Studierende nach einem erfolgreich abgeschlossenen Studium keine berufliche Direkteinstiegsmöglichkeit und möchten sich mit einem Zweitstudium beruflich weiter qualifizieren“, erklärt Julia Friedel. „Die gegenwärtige Zweitstudiengebühr bringt die Absolvent*innen in finanzielle Bedrängnis.“

„Wir fordern weiterhin den Landesaktionsplan „Rheinland-Pfalz unterm Regenbogen“ für Lesben, Schwule, Bisexuelle, Trans* und Inter-Menschen in Rheinland-Pfalz nicht nur beizubehalten sondern dass verstärkt daran weitergearbeitet wird. Vor allem sollen Projekte an Schulen, wie zum Beispiel SchLAu, verstärkt gefördert und unterstützt werden. Gerade in Zeiten in denen neue Parteien, die Minderheiten diskriminieren, Aufwind haben, muss auch die Landesregierung weiter für die Akzeptanz von LSBT*I eintreten.“ betont Michael Serafin, Schwulenreferent des AStA.